

Die Aktiengesellschaft

Börsenpflichtblatt
der Frankfurter
Wertpapierbörse



Zeitschrift für das
gesamte Aktienwesen,
für deutsches,
europäisches und
internationales
Unternehmens- und
Kapitalmarktrecht

Inhalt · 61. Jahrgang · Heft 8/2016

Aufsätze

PD Dr. Sebastian Mock, LL.M. (NYU), Attorney-at-Law
(New York)

Aktiengesellschaften mit Inhaberaktien nach neuem Recht – Gründung, Umstellung und Kapitalerhöhung

Die Ausgabe von Inhaberaktien unterliegt seit der Aktienrechtsnovelle 2016 umfangreichen Einschränkungen, um eine hinreichende Transparenz der Beteiligungsstrukturen auch bei Aktiengesellschaften mit dieser Aktienform sicherzustellen. Die Umsetzung dieser Beschränkungen für Inhaberaktien bei der Gründung der Aktiengesellschaft, bei einer Umstellung der Aktienart oder bei einer Kapitalerhöhung ist einigen Schwierigkeiten ausgesetzt, da die Neuregelung in § 10 Abs. 1 AktG und die Übergangsvorschrift des § 26h Abs. 1 EGAktG nicht auf alle in diesen Zusammenhängen relevanten Aspekte eingehen. Der Beitrag beleuchtet diese Fragen und zeigt Lösungsansätze für den Umgang mit Inhaberaktien im neuen Recht auf.

261

RA Dr. Philipp Maximilian Holle

Die Binnenhaftung des Vorstands bei unklarer Rechtslage

Vorstände von Aktiengesellschaften müssen mehr denn je fürchten, von der Gesellschaft für unternehmensbezogene Gesetzesverletzungen im Wege des Binnenregresses in Anspruch genommen zu werden. Zusätzliche Brisanz gewinnt die Thematik durch ein stetig komplexer werdendes Regelungsumfeld sowie steigende Bußgelder. Angesichts dieser Entwicklung ist es nicht verwunderlich, dass die dogmatischen Grundlagen der Binnenhaftung für Gesetzesverstöße von allen Seiten beleuchtet und hinterfragt werden. Eine Schlüsselfunktion nimmt insoweit die sog. Legalitätspflicht ein, die jedenfalls dann zunehmend relativiert wird, wenn die Rechtslage im Zeitpunkt der Entscheidungsfindung unklar gewesen ist. Der Beitrag stellt sich Ansätzen, die strikte Legalitätsbindung des Vorstands aufzuweichen, entgegen. Er zeigt auf, dass sich (nur) eine strenge Geltung der Legalitätspflicht dogmatisch stimmig in das aktienrechtliche Ordnungsgefüge einpassen lässt und einer unsicheren Rechtslage sachgerecht auf Ebene des Verschuldens Rechnung getragen werden kann.

270

RA Dr. Klaus von der Linden

Beschlussvorschläge an die Hauptversammlung bei Einberufung aufgrund eines Mehrheits- verlangens

Mit der Einberufung einer Hauptversammlung sind Beschlussvorschläge des Vorstands und des Aufsichtsrats bekanntzumachen. Entfallen dürfen sie, wenn der Beschlussgegenstand auf das „Verlangen einer Minderheit“ zurückgeht. So bestimmt es § 124 Abs. 3 Satz 3 Alt. 2 AktG. Was aber gilt, wenn das besagte Verlangen von einem Mehrheitsaktionär oder von einer Aktionärsmehrheit stammt? Der Beitrag stellt jüngere Rechtsprechung zu dieser Frage vor und weist nach, dass Beschlussvorschläge auch bei einem Mehrheitsverlangen entbehrlich sind.

280

Rechtsprechung

Begriff der Wertpapierdienstleistung

EuGH v. 3.12.2015 – Rs. C-312/14

284

Gewinn aus der Veräußerung von Aktien

BFH v. 13.10.2015 – IX R 43/14

288

Keine Kapitalmarktinformationshaftung im Fall VW/Porsche

OLG Braunschweig v. 12.1.2016 – 7 U 59/14

290

Abschlussbericht des Sonderprüfers, Vorlage, Schwärzungsverfahren

OLG Düsseldorf v. 26.11.2015 – I-3 Wx 134/14

295

Festsetzung eines Ordnungsgeldes bei Verstößen gegen die Offenlegungspflichten des HGB

OLG Köln v. 6.10.2015 – 28 Wx 11/15

298

Buchbesprechungen

Philipp Otto Neideck

Die Mitwirkung der Hauptversammlung bei der Ausübung der Personalkompetenz durch den Aufsichtsrat

(Univ.-Prof. Dr. Patrick Velte)

299

Impressum

R 128